

Brasilien Aktuell 2016

Im Kampf für Demokratie und Arbeiterrechte



Demo 31.03 Nao vai ter Golpe – Viva a Democracia!! Foto Dino Santos

Es wird keinen Putsch geben – es lebe die Demokratie!!.

Aktueller Kampf für Demokratie und Arbeiterrechte - Krise: ökonomisch oder politisch - Rolle der Gewerkschaften und der Frauen - Aktivitäten des Arbeitskreises - Situation bei Mercedes und BASF - Internationales Jugendprojekt - Shell und BASF müssen zahlen - Besuch von ChemiekollegInnen in Brasilien - Hausbesetzung in Sao Paulo - Prozess gegen VW - (K)ein Staudamm am Tapajós - Unterstützung der Landlosenbewegung - Die Krise der Bildung - Olympische Spiele in Rio

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Der Kampf geht weiter

Zur Verteidigung der Demokratie und der Arbeiterrechte 22.04.2016

In dem Versuch, die im Oktober 2014 demokratisch gewählte Präsidentin Dilma abzusetzen, haben die rechten Kräfte am 17. April einen ersten wichtigen Schritt gemacht und die Abstimmung im Parlament gewonnen.

Aus „Amerika 21“ vom 18.04.: „Die Abstimmung des brasilianischen Parlaments über die Zulassung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Rousseff wurde heute mit 367 Stimmen zu 137 Stimmen zugunsten der Opposition entschieden, die Rousseff stürzen will. Sieben Abgeordnete enthielten sich, zwei fehlten. Für das Amtsenthebungsverfahren war eine Zweidrittelmehrheit von 342 Stimmen notwendig. Die Parlamentarier stimmten einzeln und vor laufenden Kameras für oder gegen das Verfahren. Die meisten begründeten ihre Entscheidung. Viele Abgeordnete der Opposition bezogen sich dabei auf ihre Verantwortung gegenüber ihren Familien, ihren Wählern und Gott. Die Abstimmung im Abgeordnetenhaus muss in den nächsten Wochen mit einfacher Mehrheit im Senat bestätigt werden. Sollte dies der Fall sein, kann Rousseff ihr Amt längstens 180 Tage nicht ausüben, währenddessen muss das Parlament endgültig über ihre Amtsenthebung entscheiden. In dieser Zeit – und möglicherweise darüber hinaus – übt Vizepräsident Michel Temer (PMDB) das Amt aus. Er ist damit der erste Präsident der stärksten Partei im nationalen Parlament seit 25 Jahren. Während des gesamten gestrigen Tages sowie am Vortag fanden in mehr als 70 Städten Brasiliens Demonstrationen zugunsten und gegen die Amtsenthebung statt.



In Rio de Janeiro demonstrierten am Morgen an der Strandpromenade von Copacabana unter dem Titel "Funk gegen das Impeachment" nach Angaben der Veranstalter mehr als 50.000 Menschen. Am Nachmittag protestierten die Befürworter der Amtsenthebung an derselben Stelle. In São Paulo gingen laut der konservativen Zeitung Folha de S. Paulo rund 21.000 Menschen unter dem Motto "Es wird keinen Putsch geben" auf die Straße, 62.000 Menschen demonstrierten gegen die Regierung. Große Demonstrationen gab es auch in Recife und Salvador da Bahia. In Salvador hatte die Landlosenbewegung MST bereits am Samstag Zelte unter dem Wahrzeichen der Stadt, dem Leuchtturm von Barra, aufgeschlagen. Laut der

Gewerkschaft CUT nahmen bis zum Sonntag nachmittag 100.000 Menschen an den Protesten gegen die Amtsenthebung der Präsidentin teil, die Militärpolizei sprach von 8.000 Demonstranten. In der Hauptstadt Brasília protestierten laut Angaben der Militärpolizei 7.000 gegen das Verfahren, 18.000 demonstrierten dafür.“

Und was passiert jetzt?? In den nächsten Tagen wird im Senat eine Kommission von 42 Abgeordneten gebildet, die einen Entwurf ausarbeiten soll. Darüber wird der gesamte Senat dann abstimmen. Dabei genügt eine einfache Mehrheit. Erhält der Entwurf die Mehrheit, dann ist das Amtsenthebungsverfahren angenommen und wird entsprechend eingeleitet und durchgeführt. Gerichtliche Instanzen prüfen dann die Argumente. Im gleichen Augenblick wird Dilma für 180 Tage von der Ausübung ihres Amtes suspendiert und der Vizepräsident Temer übernimmt die Aufgabe, das Land zu regieren. Dazu wird er eine neue Regierung zusammenstellen. Spätestens nach 180 Tagen muss dann der Senat erneut abstimmen. Diesmal ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich, also 54 von 81. Dann ist Dilma entweder definitiv abgesetzt oder nicht und kann bis zum Ende der Periode bis Ende 2018 weiterregieren.

Wogegen wird gekämpft? Die Gewerkschaften und viele soziale Bewegungen haben schon im Vorfeld der Abstimmung gewaltige Demonstrationen durchgeführt. Die Befürchtungen sind groß, dass die neue Regierung wesentliche Teile der positiven Errungenschaften abbaut. Dazu mehr im Artikel Seite 3.

Aus dem Solidaritätsbrief der Brasilianer zum Tarifkampf in Deutschland: „Brasilien durchlebt schwere Zeiten: Die Demokratie steht unter Dauerbeschuss, Rückschritte drohen und auch ArbeitnehmerInnenrechte, die wir uns hart erkämpft haben, sollen abgebaut werden. Ganz Lateinamerika ist heute Ziel solcher miteinander abgestimmter Angriffe. Mehr als je zuvor muss die Arbeiterklasse zusammenstehen, solidarisch miteinander verbunden sein. Sie wird den Widerstand, den Kampf für eine gerechte und faire Gesellschaft nicht aufgeben.“

Für den 1. Mai rufen die Gewerkschaften zusammen mit den Sozialen Bewegungen zu ganz großen Kundgebungen auf. „Zum Kampf für die Verteidigung der Demokratie und der Arbeiterrechte!“

Brasiliens Krise: Ökonomisch oder politisch? - Konsens aufgekündigt

von Christian Russau *Stand: 30.03.2016*

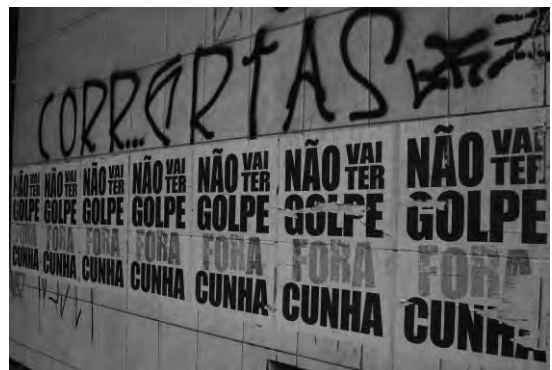
Anfang März schockte das brasilianische Statistikinstitut die Öffentlichkeit mit den Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung 2015. Demnach schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt der siebtgrößten Wirtschaft der Welt um satte 3,8% und beschloss das Jahr 2015 bei einem Gesamtwert von 5,9 Billionen Reais (umgerechnet 1,38 Billionen Euro, Umrechnungskurs Ende Dez. 2015). Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen kam diesen Berechnungen zufolge auf 28.876 Reais (6.766 Euro). Während der Industriesektor um 6,2%, der Dienstleistungssektor um 2%, der private Konsum um 4% und die Staatsausgaben um 2% sanken, stieg die Landwirtschaft um 1,8% an. Den weitest größten Einbruch aber verzeichnete die Bruttoinvestitionsquote, also das, was Firmen in Anlagen, Maschinen, Güter und Rohstoffe investieren, einen Einbruch von -14,1%.

Nach Bekanntgabe der Zahlen beeilten sich die konservativen Medien des Landes, diese Zahlen auf 2016 hochzurechnen und ergötzten sich nachgerade an der Vorstellung, der amtierenden Regierung der Arbeiterpartei PT auch für das Jahr 2016 einen Wirtschaftseinbruch von rund 4% zu prognostizieren und dies ausschließlich der Regierung zuzuschreiben.

Die nackten Zahlen sind in der Tat schockierend und besorgniserregend, zumal sie genau zu einem Zeitpunkt einer höchst kritischen politischen Situation des Landes publik wurden (und politisch genutzt werden). Seit den Präsidentschaftswahlen 2014, die Dilma Rousseff von der PT für sich entscheiden konnte, verging kaum ein Tag, an dem die Opposition nicht den Rücktritt der demokratisch gewählten Regierung verlangt hätte. Und der politische Hass ist in den vergangenen Monaten immer größer geworden. Immer vehementer und aggressiver werden von Teilen der Justiz und der Opposition rechtsstaatliche Verfahren ignoriert, infrage gestellt, ausgewählte Informationen illegal den konservativen Medien zugespielt, die von diesen effekthascherisch aufgegriffen werden. Im Zentrum der Argumentation steht dabei „die Korruption“, doch die Medien und Teile der Justiz sind erschreckend einäugig im Hinblick auf Korruption: Geht es um Korruption von regierungstreuen Politikern, ist der Aufschrei groß, geht es um die jahrzehntelange Korruption der jetzigen Opposition, da versagt der rechte Blick. Während neueste Listen über Schmiergeldzahlungen von Baufirmen, die mehrere hundert Namen von Politikern aus den letzten Jahrzehnten beinhalten, eher zurückhaltend in der Presse diskutiert werden, so wird jedes auch noch so kleine Detail über mutmaßliche Bevorzugung von Personen wie dem Ex-Präsidenten Lula von den konservativen Medien genüsslich sezirt und der

abendnachrichtenaffinen Bevölkerung präsentiert. Und der Parlamentspräsident Eduardo Cunha, der noch immer nicht hat erklären können, woher seine Millionen auf dem schweizer Konto kommen, zieht mit Parteifreunden im Hintergrund die Strippen, um seine politische Haut zu retten und Präsidentin Dilma Rousseff einem Amtsenthebungsverfahren auszusetzen, dem Ex-Präsidenten Lula die Wahlchancen für die Präsidentschaftswahlen 2018 zu rauben und die Arbeiterpartei PT gleich ganz ins politische Abseits zu stürzen. Alles, damit die alte Elite wieder ungestört ihrem Geschäft nachgehen kann.

Der Konsens der fetten Jahre (2004-2011, Ausnahme 2009 Weltfinanzkrise), in denen die Eliten sich sprudelnde Gewinne einstecken konnten, und mit grummelndem Blick die Sozialprogramme der Regierungen Lula und Dilma allenfalls tolerierten, weil sie ihre dennoch prall gefüllten Auftragsbücher sahen, dieser Konsens ist nunmehr aufgekündigt.



Vor diesem Hintergrund ist die hier in Brasilien derzeit sehr oft getätigte Aussage, diese Krise sei "nicht ökonomisch, sondern politisch" viel verständlicher. Das Trommelfeuer der Medien und der alten Eliten, deren Geschäftsmodell in Zeiten ökonomischer Turbulenzen ins Wanken gerät, konstruieren eine massive politische Krise. Und schon holen sie aus den verstaubten Schubladen ihre Politikprogramme, für den Moment, wenn sie alleine an die Macht kommen: Abschaffung der Sozialprogramme wie Bolsa Família und der prozentual festgelegten Mindestkoppelung der Mittel für Erziehung und Gesundheit an den Haushaltsplan; Abschaffung der Quotenregelungen in Universitäten für Schwarze und Indigene; Entkoppelung von Rente und Mindestlohn; massive Ausweitung der Haushaltskürzungen, vor allem im Sozialbereich; Abschaffung der Arbeitsplatzrechte für Angestellte des öffentlichen Dienstes; Anhebung des Rentenalters; Einschränkung der gewerkschaftlichen Verhandlungs- und Vereinigungsfreiheit bis hin zur Verfassungsänderung, deren Ziel die explizite Umformulierung hin zu einer puren Marktwirtschaft (bei weitestmöglicher Abschaffung regulatorischer Vorgaben) ist. **Eine schöne neue Unternehmerwelt also, so sehen die derzeitigen politischen Gegner der amtierenden Regierung in Brasilien die Zukunft ihres Landes.**

Die Rolle der Gewerkschaften in diesem Kampf

Die CUT – Gewerkschaften haben an allen großen nationalen Demonstrationen, die unter der Leitung der „Frente Popular Brasil – Volksfront Brasilien“ am 18. und 31. März stattfanden, aktiv teilgenommen. Jeweils versammelten sich in über 30 Städten des Landes rund eine Million Menschen, um gegen die Machenschaften des rechten politischen Lagers, der konservativen Juristen und der regierungsfeindlichen dominierenden Medien zu protestieren. „Für mehr Demokratie“, „Gegen den Abbau von Arbeiterrechten“ und „Es wird keinen Putsch geben“ waren die Hauptparolen.

Auch die Metallgewerkschaft vom ABC hat da mitgemacht. Zur gleichen Zeit jedoch standen andere Bedrohungen an, Entlassungen z.B.. Dagegen wollten sie am 1. März eine große Aktion auf der Stadtautobahn durchführen. Diese fiel jedoch einem langanhaltenden Wolkenbruch zum Opfer. So wurden in der Zwischenzeit in großen und kleinen Betrieben Belegschaftsversammlungen durchgeführt. Diese standen unter den Forderungen:

„Zur Verteidigung der Arbeitsplätze“, „Für die Aufnahme des wirtschaftlichen Wachstums im Lande“, „Für die Flottenerneuerung“, „Für die Veränderung der Lohnsteuer“, „Gegen die Reform der Rente“, „Senkung der Zinsen“, „Gegen die unbegrenzte Präkarisierung der Arbeit“. Natürlich wurden auch die politischen Großforderungen artikuliert: „Für mehr Demokratie“, „Für mehr Arbeiterrechte“, „Gegen den Putsch“.

Auch die Internationalen Gewerkschaftsverbände meldeten sich unterstützend zu Wort. In einer Resolution zur Verteidigung von Lula, schreibt die INDUSTRIALL (Weltweite Vereinigung von Metall-, Chemie- und Textilarbeitern) heißt es: „Brasilien durchlebt einen entscheidenden Moment für das Überleben der Demokratie. Konservative Kreise benutzen die Justiz und große Medienunternehmen, um den früheren Präsidenten Lula und seine Familie mit einer schmutzigen Kampagne von Lügen und Anschuldigungen ohne Beweise zu verfolgen..... Wir verurteilen diese niederträchtige und verantwortungslose Kampagne.“

Frauenmonat März 2016

Seit einigen Jahren machen die Frauen der Gewerkschaft im ABC aus dem Internationalen Frauentag am 8. März einen ausgedehnten „Frauenmonat“ mit unzähligen Veranstaltungen. Im Folgenden ein kurzer Bericht über drei der wichtigsten Aktivitäten:

1. Die Ausstellung „Der Kampf ist ein weibliches Hauptwort“. Auf 17 Tafeln wurde die Geschichte von Frauen dargestellt, die in der Zeit der Militärdiktatur (1964 – 1985) verschwunden sind. Wie immer trennten sich die Mächtigen damals mit Hilfe der Militärs von Männern und Frauen, die in unterschiedlicher Weise Widerstand leisteten. Die Erinnerung an diese Frauen wurde als sehr bedeutsam bezeichnet, da die Drohungen der politischen Rechten auch eine Wiederkehr des Militärs an die Macht beinhalten.

2. Nationale Großveranstaltung am 8. März in Sao Paulo. Tausende von Frauen füllten am Nachmittag des 8. März die große Hauptstraße von Sao Paulo. „Die Frauen auf die Straßen für Freiheit, Autonomie und Demokratie zu Kämpfen“. So hieß die Hauptparole.

3. Die „Mara Lobo Tage“. Im ganzen Monat wurden in einzelnen Fabriken Diskusstage mit den Belegschaften durchgeführt. Die Tage sind benannt nach einer Frau namens Patricia Galvao, mit dem Kodenamen Mara Lobo. Sie hatte 1932 in

dem Buch „Industrie Park“ den ersten proletarischen Roman geschrieben, in dem sie die prekären Bedingungen der Frauen in der Fabrik schilderte... Natürlich kamen auch die aktuellen Auseinandersetzungen zur Sprache. Mit einem möglichen Staatsstreich werden viele Errungenschaften der Arbeiter infrage gestellt. Also weiterhin gemeinsamer Kampf mit den Arbeitern für Arbeiterrechte!!



Die Hauptforderungen am 8. März und im ganzen Frauenmonat waren in diesem Jahr:
-- Mehr Platz für Frauen in der Arbeit, in der Politik, in der Gesellschaft zur Erlangung der Gleichheit -- Für eine Gesellschaft frei von Machismo
-- Gleichheit in den Gesetzen -- Legalisierung der Abtreibung -- Ende der Gewalt gegen Frauen -- Verteidigung der Demokratie -- gegen die Rentenreform, wodurch Frauen und Männer gleich lang arbeiten sollen.

Der Arbeitskreis im letzten Jahr

Auch im letzten Jahr setzte der AK seine intensive Solidaritätsarbeit fort. Die wichtigsten Aktivitäten:

Veranstaltungen. Dreimal lud der AK zu Veranstaltungen ins Mannheimer Gewerkschaftshaus ein: Am 11. Februar: Bericht über die Reise von 2014; am 7. Mai zum Thema „Wasser und Dürre“ und am 28. Oktober mit einem Verantwortlichen der Landlosenbewegung – MST.

1. Mai und Broschüre. Wie in all den Jahren zuvor war der AK am 1. Mai auf der Kundgebung des DGB präsent und informierte interessierte Menschen über die Reise und die Situation in Brasilien. Dabei halfen die alljährliche Broschüre und die neu erstellte Fotowand. Beides wurde auch im Laufe des Jahres in vielerlei Versammlungen angeboten.

Seminare bei IG-Metall und BASF-Vertrauensleuten. Etwa 10 mal war der AK eingeladen, um in Seminaren der IGMetall über die Erfahrung in der internationalen Gewerkschaftsarbeit zu berichten. Jeweils sehr interessierte ZuhörerInnen. Über hundert von ihnen haben sich inzwischen in einen E – Mail-Verteiler eingetragen. Sie erhalten alle paar Monate einen aktuellen Bericht mit ausführlichen Informationen über die Entwicklung vor allem bei Mercedes Benz in Brasilien.

Auch im BASF-Konzern war das zurückliegende Jahr eine Zeit intensiver Zusammenarbeit zwischen deutschen und brasilianischen Kollegen. Nach wie vor werden regelmäßig Informationen über die wichtigsten Ereignisse ausgetauscht. Mithilfe von Skype-Konferenzen gelingt das gut. Im Vordergrund standen zuletzt die Entlassungen, die BASF im Werk Demarchi durchgeführt hat (s. Seite 9) Ein besonderer Höhepunkt war eine Reise nach Brasilien im September 2015 (s. Seite 10). Und auch im Ludwigshafener Werk stößt diese internationale Arbeit auf Interesse. Das zeigt die positive, ermunternde Resonanz in der Vertrauensleute-Leitung der BASF, nachdem sie sich einen Vortrag über die internationale Netzwerk-Arbeit besonders mit Südamerika angehört hatte.

Soli – Aktionen im Sommer 2015. Der Sommer 2015 war geprägt mit ganz harten Auseinandersetzungen bei Mercedes Benz in Brasilien. Entlassungsdrohungen und Widerstand dagegen folgten aufeinander. (s. Seite 6) Der AK konnte in vielfältiger Weise hiesige betriebliche und gewerkschaftliche Organisationen darüber informieren und dadurch mancherlei Solidaritätsbekundungen anregen.

Besuche hier und dort. Aus Brasilien kamen Valter Sanches, Mitglied im Aufsichtsrat von Daimler, und Joachim Pineiro, ein führendes Mitglied der Landlosen – Bewegung zu Besuch. Dieser nahm an einer großen Konferenz in Berlin teil und machte Station in Mannheim. Im Gewerkschaftshaus wurde er am Nachmittag über die hiesige Initiative SOLAWI unterrichtet und am Abend legte er die augenblickliche Situation in Brasilien und die Rolle des MST dabei dar. In umgekehrter Richtung machte eine Gruppe von Chemikern eine zweiwöchige Reise nach Brasilien (s. dazu Seite 10)



Mitarbeit in anderen Organisationen. Mitglieder des AK arbeiten weiterhin bei den „Amigos do MST“, beim „Eine – Welt – Forum“ in Mannheim und bei KOBRA (Kooperation Brasilien) in Freiburg mit.

Video Im Zusammenhang des 30 jährigen Jubiläums der Zusammenarbeit zwischen deutschen und brasilianischen Gewerkschaften hatten die Freunde dort ein VIDEO erstellt. Der AK sorgte für die Übersetzung und Verbreitung. Das Video ist zu sehen unter folgendem LINK <https://youtu.be/EJara3uqDtM>

Soli Erklärung für Tarifrunde 2016. Auch in diesem Jahr hat der AK die brasilianischen Freunde gebeten, zur diesjährigen Tarifrunde eine Solidaritätserklärung zu schicken. Diese ist angekommen und kann/wird bei den entsprechenden Aktivitäten hier verlesen.

Zu der aktuellen Krisensituation (Amtsenthebung) veröffentlichte der AK eine Stellungnahme und Leserbriefe, um der einseitigen Berichterstattung in den Medien entgegenzuwirken.

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.



Kontaktadressen:

Angela HIDDING, Langstr.11 – 13, 68169 Mannheim
Tel: 0621 35 973 email: HiStaMa@t-online.de
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 Ludwigshafen
Tel: 0621 69 98 61 email: F.Hofmann-Lu@t-online.de

Kämpfe, Siege, weiterhin große Sorgen bei Mercedes Benz in Brasilien

Erfolgreiche Kämpfe in 2015

Das ganze Jahr 2015 war durchzogen von harten Auseinandersetzungen der Belegschaft mit der Konzernleitung. Eine Ankündigung von Entlassungen reihte sich an die andere. Doch jedes Mal konnte durch den Kampf der Belegschaft in engster Verbindung mit der Fabrikkommission und der Metallgewerkschaft die Firma dazu gebracht werden, statt Entlassungen andere Maßnahmen anzuwenden, um Entlassungen zu vermeiden: **Layoff** (zeitweise Befreiung von der Arbeit ohne Lohnverlust und mit gleichzeitiger Verpflichtung zur Teilnahme an beruflicher Fortbildung); **Kollektive Werkschließung** (Ferias coletivas) etwa am Jahresende. Anwendung der neuen **Kurzarbeitregelung** (20 % weniger Arbeit und auch weniger Lohn mit einer Aufstockung von 10% durch eine staatliche Einrichtung) und schließlich **bezahlte Freistellung** (licencia remunerada) von der Arbeit.



Den Höhepunkt erreichte dieser Kampf Mitte des Jahres. Die Firma hatte die Entlassung von 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschlossen und an einem Freitagnachmittag verkündet. Am Montagmorgen beschloss die Belegschaft, in einen unbefristeten Streik zu treten. Die gesamte Belegschaft hat dann die ganze Woche nicht gearbeitet und bei täglichen Versammlungen vor dem Tor den jeweils nächsten Streiktag beschlossen. In den Verhandlungen am Wochenende wurde dann ein Ergebnis erzielt, das der versammelten Belegschaft in einer Versammlung vor dem Tor verkündet wurde: Das lautet:

-- Mercedes zieht alle Entlassungen zurück. Alle können wieder arbeiten

-- Mercedes akzeptiert die kurz vorher von der Regierung beschlossene Kurzarbeitregelung. Die Arbeitszeit wird für alle um 20% gekürzt und der Lohn um 20 % gesenkt. Eine staatliche Einrichtung stockt den Lohn um 10% auf. Diese Regelung gilt bis Ende Mai 2016 und es gibt eine Beschäftigungsgarantie bis Ende August 2016.

Zu diesem Erfolg haben vor allem die große Einheit in der Belegschaft und der Zusammenhalt mit Fabrikkommission und Metallgewerkschaft sowie zahlreiche Unterstützungen aus anderen Betrieben und

Gewerkschaften in Brasilien und anderen Ländern, auch aus Deutschland beigetragen.

Weiter Sorgen in 2016

Die Hoffnung auf Besserung im neuen Jahr hat sich nicht erfüllt. Konzernspitzen beziffern den Verlust an Umsatz im letzten Jahr in etwa 50 %!!! Und auch im neuen Jahr wird ein weiteres Minus in zweistelliger Höhe erwartet. Also nach wie vor Absatzmangel und zu viel Leute im Betrieb, trotz Kurzarbeitregelung. So hat nun die Firmenleitung im Februar 1 500 KollegInnen in sogenannte bezahlte (in der Höhe des Kurzarbeitsgeldes) Freistellung von der Arbeit geschickt. Für die im Betrieb verbleibenden KollegInnen wird der Arbeitsrhythmus erhöht, wird uns mitgeteilt. Die Abmachungen vom letzten Sommer wirken sich im Moment recht positiv aus, wenn auch die Zukunft unsicher bleibt.

Das Werk in Campinas

In Campinas arbeiten um die 600 KollegInnen in einem Zentrallager und in der Tauschmotorenfertigung. Trotz der offensichtlichen Krise im Lande wird die Produktion in Campinas als normal bezeichnet. So teilen uns jedenfalls die Kollegen von dort mit. Es gibt hier also keine Maßnahmen wie kollektiven Urlaub und bezahlte Freistellung, auch keine Kurzarbeitregelung. Diese Regelungen werden von der dort tätigen Gewerkschaft, die zum Dachverband „Intersindical“ gehört, abgelehnt. Sie kämpfen für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.

Neues PKW – Werk

Am 23. März wurde in Iracemapolis, im Inneren des Staates Sao Paulo gelegen, das neue PKW – Werk eröffnet. Etwa 600 MitarbeiterInnen werden dort zunächst die C Klasse bauen: später sollen dann auch Geländewagen GLA vom Band laufen. Vorerst wird von 20 000 Einheiten pro Jahr ausgegangen.

Hans – Böckler – Seminar

Vom 22. bis 24. Juni findet in Frankfurt die 4. deutsch-brasilianische Konferenz statt; sie wird organisiert von der IGMetall. Es werden u.a. etwa 30 ArbeiterInnen aus Brasilianischen Betrieben erwartet. Es geht um einen Informations- und Erfahrungsaustausch über eine zukunftsorientierte Industriepolitik. Neben der thematischen Auseinandersetzung wird es gute Gelegenheiten geben, dass sich deutsche und brasilianische KollegInnen persönlich kennenlernen und an einem internationalen Netzwerk weiter arbeiten.

Internationales Projektmanagement 2.0 für junge GewerkschafterInnen

von Talisha Collins und Simone Däuwel

Am 26.09.15 flogen wir, Talisha Collins und Simone Däuwel aus dem Daimler Werk Würth, mit sieben weiteren KollegInnen, im Rahmen von IPM 2.0, das durch den internationalen Gewerkschaftsverband IndustriAll in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Dachverbänden der beteiligten Länder veranstaltet wird, für eine Woche nach Brasilien.



Ziel dieser dreijährigen Projektreihe ist es, junge GewerkschafterInnen zu qualifizieren. So soll eine länderübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit und damit eine Belebung internationaler Kontakte hergestellt werden. In Zeiten der Globalisierung ein „Muss“ für junge GewerkschafterInnen – auch und gerade im Rahmen der IG Metall. Alle Teilnehmer haben für sich ein individuelles Projekt entwickelt, das den Schwerpunkt Lateinamerika beinhaltet. Mit Hilfe von Auftraggeber und Projektunterstützer gehen die Projekte im April 2016 in den KickOFF. Aus Deutschland sind wir insgesamt neun TeilnehmerInnen aus Betrieben wie ZF Friedrichshafen, TRW Schw. Gmünd, Daimler Würth, Audi Ingolstadt, Mahle Plattenberg, Ford Köln, VW Braunschweig und VW Wolfsburg.

Die Projektreihe IPM 2.0 läuft von 2015 – 2017. In jedem Jahr findet ein Netzwerktreffen in den drei Gastgeberländern Brasilien, Argentinien und Deutschland statt. Des Weiteren haben wir regelmäßige Treffen mit der Deutschen Delegation, um uns gegenseitig über den Stand der Projekte zu informieren und diese ggf. zu optimieren, wobei uns sehr viel Unterstützung entgegengebracht wird. Insgesamt sind wir über 40 GewerkschafterInnen aus Chile, Kolumbien, Uruguay, Mexiko, Peru, der Dominikanischen Republik sowie Brasilien, Argentinien und Deutschland.

Los ging die Reise am 26.09.15. Untergebracht waren wir in Praia Grange, in der Nähe Sao Paulo.

Die Woche in Brasilien war sehr intensiv, aber vor allem informativ. Wir besuchten das Ausbildungszentrum bei Volkswagen in Sao Paulo. Hier fand ein netter Austausch zwischen dem Ausbildungsleiter, den Auszubildenden und uns TeilnehmerInnen statt.

Dann lernten wir natürlich die gewerkschaftlichen Strukturen Lateinamerikas kennen. Allein in Brasilien gibt es ca. 16.000 Einzelgewerkschaften, und jedes Jahr werden ca. 250 neue Gewerkschaften gegründet. Die meisten Gewerkschaften in Brasilien organisieren sich über die zwei großen Dachverbände CUT (Central Unica dos trabalhadores) und Forca Sindical. Bei der CUT haben wir vor allem die Chemiegewerkschaft näher kennen lernen können. Sie betreut 917 Firmen und hat insgesamt 40 500 ArbeitnehmerInnen als Mitglieder. Die Chemiegewerkschaft legt neben dem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung ihre Schwerpunkte auf Projekte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern, Kinderarbeit, Gewalt an Frauen und gegen Drogenmissbrauch.

Auch waren wir bei einem gewerkschaftlichen Fernsehsender, in dem es vor allem um politische Themen geht, die in anderen Sendern nicht thematisiert werden, da die meisten Sender in Brasilien in privater Hand sind, genauer im Besitz von 6 großen Familien, und die Interessen dieser Reichen vertreten.

An unserem letzten Tag in Praia Grande waren vier dunkelhäutige Frauen da, die in unterschiedlichen Organisationen arbeiten. In Brasilien gibt es leider immer noch ein großes Rassismusproblem, obwohl bereits im Jahre 1888 die Sklaverei in der Verfassung offiziell verboten wurde. Dunkelhäutige Menschen werden hier immer noch sehr unterdrückt, und das, obwohl sie ca. die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Die Frauen erzählten uns von ihren Erfahrungen, wie sie es aus der Armut geschafft haben und sich heute mit tausenden Menschen für Gleichberechtigung stark machen.

Das ist nur ein kleiner Einblick aus dieser Woche. Das nächste Treffen findet im Juni in Argentinien statt, auf das wir schon sehr gespannt sind. Auch darüber werden wir euch wieder von unseren neu gewonnen Eindrücken berichten.

Brasilien: Shell und BASF müssen zahlen

Im Jahr 1990 reisten erstmals Aktive aus deutschen Chemiemultis nach Brasilien und nahmen Kontakt mit dortigen Gewerkschaftskollegen auf. 25 Jahre später waren einige „Aktive der ersten Stunde“ wiederum von brasilianischen Gewerkschaften eingeladen. Unter anderem besuchten wir Paulínia, eine Kleinstadt nahe Campinas im Bundesstaat São Paulo. Ein Werk von Shell, später BASF, stand dort und war Emittent von Substanzen, die Beschäftigte, Boden und Grundwasser vergifteten. Aber bis heute gibt es dort auch eine wehrhafte Gewerkschaft und einen tapferen Verband betroffener ehemaliger Beschäftigter.

Die Vorgeschichte

Die Chemiefabrik in Paulínia gehörte ursprünglich dem Shell-Konzern, der dort Pestizide herstellen ließ: krebserregende Stoffe wie Aldrin, Endrin und Dieldrin verursachten schwere Gesundheitsschäden.

Diese Chemikalien, zum Teil damals in anderen Ländern schon verboten, können eine Vielzahl unterschiedlichster Krankheiten auslösen, Prostata- und Schilddrüsenkrebs, Impotenz und Gedächtnisstörungen sind dabei noch längst nicht alles. Aber auch mit Schwermetallen seien die Arbeiter in Kontakt gekommen.



Transparent: „Fortsetzung des Kampfes für das Leben“

Lange wurde vertuscht. Doch vor dem Verkauf der Fabrik an American Cyanamid 1995 war erstmals eine Umweltprüfung fällig: Shell musste die Vergiftung des Grundwassers eingestehen.

Im Jahr 2000 kaufte die BASF die Fabrik – weil sie American Cyanamid kaufte. Der Betrieb wurde weiter geführt, auch mit der Herstellung des Pestizids Azodrin. Nach Hunderten von Beschwerden leitete das Arbeitsministerium ein Klageverfahren ein. Ende 2002 erklärte die BASF das Werk für geschlossen. Die Behörde verbot eine weitere Nutzung und

stellte unter anderem fest, „dass der Boden der Fabrik komplett verseucht ist“.

Kampf von Belegschaft und Gewerkschaft

Teile der Belegschaft organisierten sich zu einem Interessenverband der Betroffenen (Atesq – Verband von Arbeitern, die chemischen Substanzen ausgesetzt waren). Kräftig unterstützt besonders von der zuständigen Chemiegewerkschaft von Campinas „Químicos Unificados“ (Vereinigte Chemiebeschäftigte) im Dachverband Intersindical.

2002 wurden die Anlagen stillgelegt, aber erst 2013 wurde vor dem höchsten Arbeitsgericht in Brasília endlich eine abschließende Vereinbarung zwischen den Konzernen, dem Arbeitsministerium und den Betroffenen unterzeichnet. Die Vereinbarung enthält individuelle Entschädigungen, eine sogenannte kollektive Entschädigung sowie das Recht der Beschäftigten und ihrer Familien auf lebenslange ärztliche Behandlung.

Welch ein Weg, welche Anstrengung, über mehr als 10 Jahre eine solche Auseinandersetzung über alle Instanzen hinweg zu führen! Jede Instanz, jede Verhandlung wurde von den Betroffenen begleitet. Immer mobilisierten sie sich, standen vor den Toren und Türen und auf den Plätzen, demonstrierten und protestierten. Antonio Rasteiro, einer der Anführer von Atesq, sagte uns bei unserem Besuch: „Ich habe meinen Krebs bis heute nur deshalb überlebt, weil ich diesen Kampf gewinnen wollte“.

Und ganz sicher wäre das Ergebnis ohne diesen öffentlichen Druck nicht erreichbar gewesen. Glücklicherweise hat auch das Arbeitsministerium das juristische Verfahren immer weiter vorangetrieben.

Die Entschädigung

Jeder der 1068 registrierten ehemaligen Beschäftigten erhält eine individuelle Entschädigung von im Durchschnitt 360.000 Real (nach heutigem Kurs etwa 82 000 Euro). Der Betrag wird gestaffelt nach der Anzahl der auf dem Gelände gearbeiteten Jahre. Jeder der 1068 ehemaligen Beschäftigten sowie ihre Ehepartner und die in der Beschäftigungszeit geborenen Kinder haben das Recht auf lebenslange kostenlose medizinische Versorgung (Untersuchungen, stationäre Aufenthalte, Medikamente und Operationen).

Die Tatsache, dass Ehepartner und Kinder in die medizinische Versorgung einbezogen werden, ist vermutlich bislang einmalig. Dass die medizinische Versorgung für jedwede Art von Erkrankung ge-

währleistet wird, ist ebenso einmalig. Aber auch dass jeder ehemalige Beschäftigte eine Entschädigung erhält. Denn in Brasilien gilt normalerweise das, was auch in Deutschland gilt: der Geschädigte muss nachweisen, dass sein Schaden von einer chemischen Substanz kommt, der er ausgesetzt war. Das schickt jeden Einzelnen individuell auf einen langen Instanzenweg, bei dem er alleine einem juristischen Regelwerk und dahinter stehenden Unternehmensinteressen ausgeliefert ist.



„Die Reisegruppe an der Abspernung des verbotenen, verseuchten Geländes“

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des unter dem Druck des höchsten Gerichts vereinbarten Pakets ist die „Entschädigung wegen kollektiver Schäden“ in Höhe von 200 Mio. Real (aktuell ca. 50 Mio. Euro). Das Geld wird nicht an Einzelpersonen oder Familien verteilt. Es ist bestimmt für Projekte zur Erforschung, Behandlung und Prävention von Berufserkrankungen oder Umweltschäden in der Region. Sechs Projekte sind bereits ausgewählt, darunter eine Krebsklinik. Jüngst wurde entschieden, dass die Fakultät Öffentliche Gesundheit der Universität São Paulo 2 Mio. Real aus diesem Topf erhält. Sie wird damit eine Studie über Gesundheitsbelastungen bei der Arbeit in Erdölraffinerien (zum Beispiel durch Benzol) durchführen.

Keine Entschädigung kann Krankheit und Tod lindern oder verhindern. Und doch ist der erkämpfte Vertrag ein bemerkenswerter Sieg dieser Belegschaft.

BASF Brasilien: Belegschaften unter Druck

Die in Brasilien um sich greifende Wirtschaftskrise setzt auch die Beschäftigten von BASF unter Druck. Zwar gelang es, in der Tarifrunde nochmals ein akzeptables Ergebnis zu erzielen: die Chemiebeschäftigten von São Paulo und des ABC erhalten eine Erhöhung von 10,33% - das entspricht genau der aktuellen Inflationsrate. Die Löhne konnten also verteidigt werden.

Als Verhandlungserfolg wird auch eine brasilienweite Neuregelung der Gewinnbeteiligung angesehen. Bei guter Geschäftslage und dem Erreichen definierter Ziele wird der ausgezahlte Betrag höher sein als bisher. Aber die BASF spricht inzwischen von einer verschlechterten Geschäftslage.

Das Jahr 2015 war ansonsten von Schließungen, Entlassungen und Umstrukturierungen geprägt. Und immer wieder von gewerkschaftlichen Aktionen.

Vollkommen überraschend für die Beschäftigten kam die Schließung des kleinen Werks Anchieta (São Bernardo). Die Produktion wird nach China verlagert. 95 Mitarbeiter stehen auf der Straße. Auch die Gewerkschaft wurde nicht rechtzeitig informiert. Die Belegschaft musste zwei Tage streiken, um eine Abfindungsregelung zu erreichen, die sie dann akzeptiert hat.

Im BASF-Werk Demarchi (São Bernardo) ist besonders der Verwaltungsbereich von Umstrukturierungen betroffen: der Bereich Finanzen aller lateinamerikanischen Standorte wird jetzt in Uruguay konzentriert. Schritt für Schritt werden die entsprechenden Tätigkeiten dorthin verlagert. Die zurückbleibenden Beschäftigten sind von Entlassung bedroht, wenn sich am Ende der Maßnahme noch kein neuer Arbeitsplatz für sie gefunden hat. Und man befürchtet weitere Verlagerungen nach Uruguay! Die Ge-

werkschaft protestierte zusammen mit Betroffenen vor dem Tor und verlangte mehr Informationen, eine faire Behandlung und die Einbeziehung von Gewerkschaft und Fabrikkommission in alle weiteren Schritte.



„Wir möchten mehr Respekt für unsere Beschäftigung“

Doch damit nicht genug: im Dezember kündigte die BASF die Schließung zweier Geschäftseinheiten an diesem Standort an. Die Produktion von Reparaturlacken geht nach Deutschland, 65 Beschäftigte werden entlassen. Der Belegschaftsvertretung war es erst in schwierigen Verhandlungen möglich, eine Art Sozialplan auszuhandeln.

Unsere Gruppe in Ludwigshafen begleitete alle diese Vorgänge im ständigen Informationsaustausch. Dabei hörten wir immer wieder die Klagen unserer brasilianischen KollegInnen: die BASF legt ihre Pläne nicht vor, die Belegschaft fühlt sich schlecht informiert, Gewerkschaft und Fabrikkommission erhalten die Informationen nicht rechtzeitig. Das ist mit dem proklamierten „Sozialen Dialog“ nicht vereinbar.

25 Jahre Austausch - Anlass einer Brasilien-Reise im September 2015

Vor 25 Jahren reisten erstmals Kolleginnen und Kollegen der großen deutschen Chemiekonzerne nach Brasilien, um Kontakte aufzubauen mit den Beschäftigten der dortigen Zweigwerke. Intensive Jahre des Austauschs, der Besuche und Gegenbesuche folgten.

Im Laufe der Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt auf den Austausch bei BASF. Aber als uns brasilianische Gewerkschaftskollegen zur Feier des „25jährigen“ im September 2015 nach Brasilien einluden, stand nicht nur ein Abstecher auch zu Bayer auf dem Programm. Sondern die ganze Bandbreite gesellschaftlicher Probleme und sozialer Bewegungen Brasiliens.

Hier sind einige Highlights unserer Reise:

Ein **Besuch des Werkes BASF-Demarchi** in São Bernardo do Campo wurde uns ermöglicht. Im Sitzungszimmer der Fabrikkommission debattierten wir intensiv über die aktuellen Probleme. Dem folgte eine lange Betriebsführung von der Werksambulanz bis zur LKW-Beladung. Zur Lage im dortigen Werk siehe den Artikel Seite 9.



Memorial da Resistência in São Paulo: Wer die Gegenwart verstehen will, muss auch die Vergangenheit kennen – und die war in den 1960er und 1970er Jahren eine grausame Militärdiktatur. Eines der damaligen Foltergefängnisse mitten im Zentrum Sao Paulos ist heute zu einer Ausstellung über die Geschichte der Unterdrückung und des Widerstands umgestaltet. Auch Lula und Dilma waren im dortigen Gefängnis gefangen. Anivaldo Padilha, ein ehemaliger Gefangener, führte uns durch die heutige Gedenkstätte. Auch er selbst war dort gefoltert worden.

Nationale Schule der MST: Die Bewegung der Landlosen (MST- Movimento dos Sem Terra) gehört neben der Gewerkschaftsbewegung immer noch zu den ganz großen sozialen Bewegungen im Land. Sie unterhält die Nationale Schule Florestan Fernandes (ENFF) in Guarema, außerhalb der städtischen Ballungsgebiete. Wir konnten dort über die

politische Situation diskutieren. Aber auch das ganze Schulgelände kennen lernen. Und uns freuen über viele junge Menschen, Lehrgangsteilnehmer aus Europa und Lateinamerika.



„Mit Fischern auf dem Stausee: Müll treibt auf dem Wasser“

Stausee Billings: Klimatische Veränderungen führen im Südosten Brasiliens zu Wasserknappheit. Wenn außerdem die Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt werden, ist die Versorgung von Millionen Menschen gefährdet. Doch bei unsrem Besuch einer Fischereigenossenschaft wurde uns noch eine andere Katastrophe gezeigt: die Verschmutzung wertvollen Süßwassers im großen Stausee Billings. Mit dem Boot fuhren wir an die schlimmsten stinkenden Stellen. Ungeklärte Abwässer aus Sao Paulo fließen in den See – und an anderen Stellen wird wiederum Trinkwasser entnommen!

Hausbesetzungen und das Recht auf Wohnen in der Stadt: Eine neue, junge Bewegung ist entstanden und kann zehntausende Menschen auf die Straße bringen: die Bewegung der Menschen ohne Obdach. Sie verlangen das Recht auf bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen in der Stadt. Das Centro Gaspar Garcia (CGG) ist ein Menschenrechtszentrum, das den 400 Besetzern des 22-stöckigen Gebäudes „Prestes Maia“ beisteht. Wir besuchen das besetzte Gebäude mitten in der Stadt und lassen uns von der Leitungsgruppe durch das ganze Haus führen. Mehr dazu auf der Seite 11.

Besuch bei der Chemiegewerkschaft in Campinas: Die „Quimicos Unificados“ von Campinas (Dachverband Intersindical) hatte unsere Gruppe eingeladen. Im Mittelpunkt stand die jahrelange Auseinandersetzung der ehemaligen Belegschaft des Werkes von Shell/BASF in Paulínia mit ihren ehemaligen Arbeitgebern. Und wir sahen den Spielfilm, der die wichtigsten Etappen der Auseinandersetzung nachzeichnet. Siehe den Artikel auf Seite 8. **Für unsere Gruppe eine unvergessliche Reise. Der Dank dafür gebührt den drei Chemiegewerkschaften, die uns eingeladen hatten: Quimicos do ABC, Quimicos São Paulo und Quimicos Unificados in Campinas.**

Hausbesetzung in São Paulo

Dieses Gebäude an der Av. Prestes Maia in São Paulo steht seit den 1980er Jahren leer und wurde 2002 zum ersten Mal von etwa 400 Familien besetzt. Es gilt nach dem „Torre de David“ in Venezuela als die zweitgrößte „horizontale Besetzung“ Lateinamerikas.



Erst 2015 ist es nach langen politischen und juristischen Kämpfen gelungen, dieses Haus zu enteignen und es seiner „sozialen Funktion“, wie es im brasilianischen Gesetz heißt, zuzuführen. Die Stadtverwaltung von São Paulo wird im Rahmen des Programmes „Minha Casa, minha Vida“ (Mein Haus, mein Leben) die Instandsetzung unter Beteiligung der BewohnerInnen finanzieren.

Das ist nur eine von hunderten von Hausbesetzungen in São Paulo. Dort stehen etwa 290.000 Wohneinheiten leer, die alten Fabrikgebäude noch gar nicht mitgerechnet.

In ganz São Paulo gibt es 900.000 Wohneinheiten in prekärem Zustand: Das sind Häuser in den Favelas, an den Flüssen, Seen und Abwasserkanälen, sogenannte „cortiços“ (alte, größere Einfamilienhäuser, die in Kleinstparzellen unterteilt und vermietet werden) und eben Besetzungen, von leerstehenden Hochhäusern und Fabriken, von denen nicht wenige zu Spekulationszwecken bewusst dem Verfall preisgegeben werden.

Wohnen zu erschwinglichen Preisen ist in den Großstädten Brasiliens zu einem der wichtigsten politischen Themen geworden. Es gibt eine Menge zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in langjähriger Basisarbeit, öffentlich wirksamen Aktionen und großen Demonstrationen die Verwirklichung des Menschenrechts auf eine würdige Wohnung einfordern. Dazu gehört auch eine angemessene Infrastruktur: öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Gesundheit. Ein weltweiter Kampf, nicht nur in São Paulo.

Der „Fall Volkswagen“ in Brasilien *von Beatrix Sassermann*

Als Teilnehmerin der Reisegruppe habe ich dieses Ereignis miterleben können:

Fast zeitgleich mit dem Abgasskandal geriet VW im September 2015 wegen anderer Delikte kurzfristig in die Schlagzeilen. In Sao Paulo, Brasilien, wurde beim Ministerium für Öffentliche Angelegenheiten (Ministerio Público) öffentlich ein Dossier von mehreren hundert Seiten eingereicht, in dem VW vorgeworfen wird, „in der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985) schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben“.

Innerhalb der zur Aufarbeitung der Militärdiktatur errichteten Wahrheitskommission hatte die Arbeitsgruppe 13 mit dem Titel „Diktatur und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung“ ein Dossier erarbeitet. Dieses wurde am 22. September 2015 dem Staatsanwalt übergeben.

Die Hauptanklagepunkte waren:

- Der Konzern war Teil eines Netzwerkes von Unternehmen (CECOSE), das zum Zweck der Verfolgung und Unterdrückung Informationen über seine Arbeiter*innen und deren gewerkschaftliche Betätigung austauschte.
- Aus den gesammelten Informationen entstanden „Schwarze Listen“, die dazu führten, dass einmal gekündigte Aktive in der Region keinen Arbeitsplatz mehr bekamen.
- Im Betrieb fand eine permanente Überwachung z.T. durch Militärpolizei statt, z.B. bei Tarifverhandlungen und Streiks.
- Kontrolle, Überwachung und Repression auch außerhalb des Werkes auf Versammlungen, Festen, Aktivitäten zum Aufbau der Arbeiterpartei (PT) und des Gewerkschaftsdachverbandes CUT.
- Verhaftungen und Folter: Mindestens 11 Arbeiter wurden auf dem VW-Werksgelände durch die politische Polizei verhaftet. In Anwesenheit des VW-Sicherheitschefs Aldhemar Rudge, ein ehemaliger Militäroberst, wurden Beschäftigte misshandelt.

Bei der Übergabe berichtete Lucio Bellentani, ein ehemaliger Arbeiter von VW, was ihm im Juni 1972 um 23 Uhr 30 passiert ist: „Plötzlich spüre ich im Rücken ein Maschinengewehr. Ich drehe mich um und sehe den VW-Sicherheitschef Oberst Rudge mit einer Waffe.“ Lucio wird in die Personalabteilung gebracht und geschlagen. Später wurde er dem Geheimdienst DOPS übergeben, von dem er tagelang gefoltert wurde.

Die Arbeitsgruppe, die das Dossier am 22. September der Staatsanwaltschaft übergab, betonte, dass neben VW auch weitere deutsche Unternehmen involviert sind; auch Mercedes Benz und Krupp sind gelistet.

(K)ein Staudamm am Tapajós

Eigentlich sind es neun Staudämme, die in der Senke des Tapajós, einem der großen südlichen Nebenflüsse des Amazonas in Brasilien, gebaut werden sollen.

Sie sind Teil des „PAC“, des „Programa de Aceleração do Crescimento“, des Regierungsprogramms der Beschleunigung des Wachstums, das brasilienweit für den Ausbau der Infrastruktur sorgen soll: Straßen, Wasserstraßen, Staudämme, Häfen, Flughäfen, Eisenbahntrassen, Energieversorgung. Besonders im Blick ist dabei die Amazonasregion mit der Planung von 42 Staudämmen.

Einer davon soll der Staudamm São Luiz de Tapajós sein mit gigantischen Ausmaßen: Die Staumauer wird 53 m hoch und 7608 m lang sein. Der Stausee wird die Fläche von 726km² bedecken, was der Fläche von Bodensee, Müritzsee und Chiemsee, der drei größten deutschen Seen, entspricht.

Betroffen davon sind direkt etwa 5.000 Menschen, die ihre Heimat verlassen müssten. Indirekt sicher 80.000, die in der Region an den Flüssen und in den kleinen Städten wohnen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit anderen Staudämmen müssen sie Gewalt und Prostitution, Erschwernisse beim Fischfang und in der Landwirtschaft und den Einfall weiterer Kolonnen, die die Reichtümer Amazoniens wie Gold, Holz, Eisenerze und seltene Erden ausbeuten wollen, befürchten.



Besonders schwer wird es das Volk der Mundurucu treffen, das in dieser Region seit langem lebt. Ein großer Teil seines Landes ist noch nicht als indigenes Land anerkannt und abgesteckt. Deshalb kämpfen die Mundurucu darum und haben die Selbstvermessung vorgenommen. Für sie hat dieses Land eine große Bedeutung. Es ist Teil ihrer Geschichte und ihrer kulturellen und religiösen Identität. Es könnte für sie deshalb auch nicht einfach entschädigt werden. Das Geld, selbst wenn es gezahlt würde und das in erheblichem Umfang, könnte diese innige und lebenswichtige Beziehung zu diesem Land nicht ersetzen. Die Anerkennung als indigenes Land würde den Staudamm unmöglich machen. Dazu ist die Regierung aber nicht bereit, da sie mit allen Mitteln das PAC will. Das gilt auch unabhängig von der aktuellen Krise Brasiliens.

Laut der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) steht indigenen Völkern das Recht auf die vorgängige, freie Beratung auf der Basis von belastbaren Informationen zu. Auch diese ist noch nicht geschehen.

Zu den menschlichen Folgen kommen die Konsequenzen für die Umwelt. Der Amazonaswald würde weiter abgeholzt. Ein angrenzendes Naturschutzgebiet wurde schon entsprechend verkleinert. Gerade als Teil eines riesigen Erschließungs- und Ausbeutungsprogramms würde dieser Staudamm eine neue Welle der Abholzung befördern. Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass die Dürre in São Paulo mit der Entwaldung Amazoniens direkt zusammen hängt. Und weltweite Folgen, wenn die „Lunge der Welt“ mehr und mehr verschwindet (letztes Jahr wieder mit ansteigender Tendenz) sind zu befürchten.



Der Staudamm, der Energie insbesondere für den Süden des Landes herstellen soll, folgt dem Modell der Integration Amazoniens in den Weltmarkt: Seine Reichtümer werden exportiert, zurück bleiben eine zerstörte Region und eine verarmte Bevölkerung und natürlich die Profiteure dieser Politik in der brasilianischen Elite und in den großen Konzernen.

Der Staudamm wird eben auch Teil einer Wasserstraße, über die besonders Soja aus dem südlich gelegenen Mato Grosso exportiert werden soll, auch für die deutsche Schweinemast.

In der zweiten Jahreshälfte soll es zum Bieterverfahren kommen. Ob die brasilianischen Baukonzerne, die in den Wahlkampf der jetzigen Regierung investiert haben und jetzt die Gegenleistung wollen, zum Zuge kommen, ist in der derzeitigen Lage der Politik und der Korruptionsprozesse schwer absehbar. Offensichtlich überlegt auch die Chinesische Drei Schluchten Gesellschaft am Tapajós zu investieren. Ob und wie deutsche Unternehmen beteiligt sein werden, ist noch nicht absehbar.

Letztlich geht es um die große Frage: Welches Entwicklungsmodell für Amazonien kann sich durchsetzen: Integration in den Weltmarkt und exportorientierte Wirtschaft oder Entwicklung der Region orientiert an den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung und an der Achtung der Minderheitenrechte der indigenen Völker, die in der brasilianischen Verfassung vorbildlich festgelegt sind.

Und einmal mehr stellt der Staudamm am Tapajós allen die Frage: Welche Wirtschaft, welche Entwicklung, welches Leben wollen wir?

Unterstützt die Projekte der Landlosenbewegung MST!

Die Agrarreform ist seit Jahrzehnten zentrales Thema brasilianischer Politik, doch die staatlichen Bemühungen sind unzureichend. Der MST (Movimento dos Sem Terra – Bewegung der Landlosen) hat dagegen viel bewirkt. In harten Auseinandersetzungen kamen 400 000 Familien zu Landbesitz, weitere 90 000 Familien arbeiten derzeit auf besetztem Land. Das sind knapp zwei Millionen Menschen, die nun von ihrem Land leben.

Movimento dos Sem Terra MST

Der MST gründete sich vor 30 Jahren als Reaktion auf Landflucht und ungleiche Landverteilung. Seit dem Ende der Militärdiktatur ist er die stärkste zivilgesellschaftliche Kraft in Brasilien.

Im Kern besetzt die Bewegung Großgrundbesitz, vor allem brachliegende Spekulationsobjekte. In der Folge kommt es entweder zur staatlichen Anerkennung durch die Agrarreform-Behörde. Oder zur gewaltsamen Vertreibung durch Privatmiliz und Militärpolizei.

Ziel von MST ist eine ökologisch-kleinbäuerliche Landwirtschaft, die zu ihrem Aufbau öffentliche Unterstützung braucht, aber auch heute schon eigene Agrarkooperativen und Vertriebsnetze hat. Der MST betreibt 3000 Schulen und ermöglicht seinen Aktivist/-innen Ausbildung und Studium. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Bundesschule „Florestan Fernandes“ (ENFF). Übergeordnetes Ziel ist eine demokratische und soziale Entwicklung des von extremer Ungleichheit geprägten Brasiliens.

Amigos do MST in Deutschland

Zur Unterstützung des MST in Brasilien hat sich vor Jahren schon ein Verein „FreundInnen der brasilianischen Landlosenbewegung MST, Deutschland e.V.“ gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt. Der Verein versucht, über die Arbeit und die Ziele des MST zu informieren. Und er fördert mit dem MST zusammen Entwicklungsprojekte (siehe unten).

Kontakt und Spenden

Mail: amigas@mstbrasilien.de

Internet: www.mstbrasilien.de

Adresse: FreundInnen der brasilianischen Landlosenbewegung MST, Deutschland e.V.
Hauptstraße 57, 79356 Eichstetten

Spendenkonto: FreundInnen Landlosenbewegung
IBAN: DE6068 0900 0000 2245 2703

BIC: GENODE61FR1

Verwendungszweck: Spende MST

Der Verein ist gemeinnützig und kann Spendenquittungen ausstellen.

Aktuelle Projekte, für die Geld benötigt wird:

Projekt Ausbau der Bundesschule Florestan Fernandes

Unser wichtigstes Projekt ist die Bundesschule Florestan Fernandes. Gemeinsam mit anderen Gruppen weltweit, mit Caritas International und Fördermitteln der EU wa-

ren wir entscheidend am Aufbau (2001-2005) und an der Erweiterung (2006-2011) beteiligt.

Heute nehmen jährlich 5000 Menschen an Fortbildungen und universitären Studiengängen teil. Die Schule ist von zentraler Bedeutung für die politische Bildung von MST und anderen Bewegungen in Brasilien und Lateinamerika.

Die Schule braucht jetzt Geld für Reparaturen und ein weiteres Unterkunfts- und Seminargebäude. Und ohne eigene Spenden kann man bei Förderinstitutionen keine Mittel beantragen.

Projekt Paten der Bundesschule

Laufende Kosten (Instandhaltung, Seminare, Materialien) werden auch durch einen brasilianischen Unterstützerverein finanziert. Als „Internationaler Freund“ kann man die Schule durch regelmäßige Spendenbeiträge unterstützen.



Projekt Süd-Nord-Dialog und Praktikanten/-innen des MST

Zentral für unsere Arbeit ist der Dialog mit dem MST. Um dem globalen Süden eine Stimme zu geben, laden wir Aktivist/-innen des MST nach Deutschland ein, um ihre Sicht zu hören. Zum Beispiel über die Rolle multinationaler Konzerne.

Ein neuer, wesentlicher Baustein des Dialogs sind junge AktivistInnen, die in Deutschland ein Praktikum in der ökologischen Landwirtschaft absolvieren. Unser Ziel sind zwei PraktikantInnen im Jahr, die wir finanzieren und betreuen.

Projekt Ausbildung von Frauen in Zeltlagern des MST (Nord-Minas)

Die Region nördliches Minas Gerais zeichnet sich durch besonders viele und heftige Landkonflikte aus (u.a. das Massaker von Felisburgo).

Ein vor Ort gegründetes kleines Projekt will Frauen in Zeltlagern des MST unterstützen. Es geht um Alphabetisierung, um Seminare über Alltagsmedizin, über Kostenkalkulation. Es werden auch Baumaßnahmen, z.B. die Errichtung einer Bäckerei, unterstützt. Die Zeltlager sind von Angriffen und Räumungen bedroht. Eine unbürokratische Unterstützung ist enorm wichtig.

Über all diese Projekte gibt die Internetseite www.mstbrasilien.de weitere Auskünfte.

Bildung, ein Mittel der Unterdrückung?

(Stand Ende März 2016) von Nivia Amaral

Bildung in Brasilien war noch nie eine Priorität der Regierungen. Dies ist wohl der Grund dafür, dass ein Großteil der Bevölkerung an mangelndem Bewusstsein und damit verbundenem Elend leidet. Die Vernachlässigung der Bildung für die Bevölkerung begann bereits in der brutalen Kolonialisierung durch die Europäer, wurde durch die lange Militärdiktatur verstärkt sowie durch die neoliberalen Regierungen, die dieser gefolgt sind. Ich werde hier versuchen, zusammenfassend einige der negativen Faktoren des Bildungsprozesses zu erläutern, die mehrere Generationen lähmte und die Menschen in nützliche, unkritische Wesen verwandelte statt ihre individuellen Fähigkeiten zu fördern.

Durch weite Verbreitung der neuen Kommunikationswege im Zuge der weltweiten Globalisierung hat sich die Welt in den letzten Jahren jedoch stark gewandelt. In diesem Zeitalter der Kommunikation und der Individualisierung sind viele junge Menschen aufgewacht, und fordern auch in Brasilien Gerechtigkeit und Bildung ein.

In der Zeit der Militärdiktatur wurden für die Bildung vor allem drei Dinge betrieben:

1. Unterdrückung und / oder Vernichtung von fortschrittlichen Pädagogen.
2. Privatisierungsmaßnahmen, die sowohl Gebäude als auch die Pädagogik der primären und sekundären Schulen zerstörten.
3. Hochschulreform auf der Grundlage eines US-Programms. Die Vielfalt der Fächer musste Platz für die sequentiellen Kurse mit Merkmalen einer Sekundärschule räumen. Erstellung von kurzen Lizenziaturen ausschließlich mit dem Ziel, eine schnelle Bildung von fügsamen Arbeitskräften für den Markt auszurichten. Nach nur 2 ½ Jahren Ausbildung erhielt man die Zulassung zu unterrichten.

Die neoliberalen Regierungen haben vor allem für die Privatisierung der Universitäten gesorgt.

Heute haben wir an der **Spitze unserer Regierung eine Vertreterin der Arbeiterpartei (PT)**. Trotz einer zahlenmäßig stark rückläufigen Vertretung im Kongress, konnte die PT mehr als jede andere brasilianische Partei in die Bildung investieren:

-- Es wurde gerade eine Reihe von Aktionen genehmigt mit dem Ziel, die Kinderentwicklung von 0 bis 6 Jahre zu fördern.

-- Durch das Programm "Proinfância" wird die Grundschule auf bis zu neun Jahre erweitert, so dass alle Kinder von 7-14 Jahren die Schule besuchen können. Dabei wird auch in Aus- und Weiterbildung der Lehrer investiert.

-- Durch das Programm "Bolsa Família" hat die Regierung für Familien in Armut im ganzen Land das Recht auf Nahrung und Zugang zu Bildung und Gesundheit gewährleistet.

Das Nationalprogramm für die Sekundärschule verstärkt Strukturierungsmaßnahmen, von denen die wichtigsten sind: das nationale Lehrbuch-Programm, das nationale Programm von Schulbibliotheken, Schultransport und Essen in der Schule. Leistungen, die bisher nur in den Grundschulen vorhanden waren.



Es wurden 214 neue Bundesschulen und 14 neue öffentliche Universitäten gegründet. Der Widerstand gegen solche Maßnahmen durch die neoliberale Politik der PSDB Partei ist sehr groß, vor allem in drei brasilianischen Bundesstaaten: Goiás, Paraná und São Paulo. In São Paulo beschließt der Ministerpräsident, 93 Schulen zu schließen und 754 Schulgebäude in einzelne Zyklen-Einheiten umzuwandeln. Es kommt zu historischen Protesten unter anderem von Schülern, Lehrern, Eltern und solidarischen Künstlern. Doch die furchtlose Konfrontation der Jugend, der Lehrer und der Eltern mit der Militärpolizei bringt uns dazu, an die Kapazität der neuen Generation von Brasilianerinnen und Brasilianern zu glauben.

In der aktuellen spannungsreichen Zeit herrscht in Brasilien das Chaos. Die Gegensätze: Auf der einen Seite die wichtigsten Rundfunksender und Printmedien des Landes in Händen von einflussreichen Unternehmerfamilien und darüber hinaus ein parteiisches bundesstaatliches Justizsystem. Zu ihnen steht das satte Bürgertum, das keinen sozialen Ausgleich, keine Landreform, keine Schwarzen in der Universität will, sondern die Verwaltung ihrer Privilegien durch den alten Staat der „Eliten“.

Auf der anderen Seite befindet sich der größte Teil der Bevölkerung, die einen harten Alltag zu bewältigen hat. Doch die Entstehung der sozialen Netzwerke ermöglicht die Wachheit von vielen unter ihnen, um in solcher spannungsreichen Gesellschaft die Mitte zu finden.

Spiele von oben - Olympiade 2016 in Rio

Brasilianische Stimmen - aus dem Reisetagebuch von Uta Grunert

(Quelle: iz3w / Kobra März/April 2016)

»Die Olympiade wird den Tourismus weiter ankurbeln und der Stadt Devisen einbringen. Für die BewohnerInnen von Rio bringt sie erneut höhere Lebenshaltungskosten mit sich und hat keine positiven Effekte«, **prognostiziert die junge Frau**. Die neuen Verkehrsmittel wie das Schnellbussystem BRT, das auf 26 Kilometer separaten Trassen fährt, und die verlängerte Metrolinie 4 sind kostspielig und ihre Nutzung für viele nicht erschwinglich. Ihr Streckenverlauf bedient vor allem touristisch attraktive Orte. Ein Großteil der Bevölkerung ist weiterhin auf die überfüllten Busse angewiesen, die zusammen mit dem Individualverkehr die Straßen verstopfen und zu Stoßzeiten lange Staus bilden (**Glauce**, Brasilianische Geographiestudentin)

Verdrängung und Umsiedlung

»Für jede AthletIn, die zu den olympischen Wettkämpfen nach Rio de Janeiro kommt, muss eine BewohnerIn ihr Haus wegen des städtischen Umbaus für die Olympiade aufgeben. Wegen der Spiele werden 65.000 Personen zwangsweise umgesiedelt«, schätzt **Sandra Quintela** vom Politik-Institut PACS die Situation ein. Es sei schwierig, die Vertriebenen zu unterstützen, selbst Straßensozialarbeit sei derzeit großer Repression ausgesetzt. Die MitarbeiterInnen von PACS begleiten die städtische Umstrukturierung, die unter dem Deckmantel von sportlichen Großereignissen geschieht, seit vielen Jahren kritisch. Sie arbeiten eng mit dem WM- und Olympia-Basiskomitee zusammen, das nun erneut Protest und Kampagnen zusammenführt. (**Sandra Quintela von PACS**)

Für BewohnerInnen ohne regelmäßiges Einkommen, die aus einer informellen Siedlung vertrieben wurden, stellt die Finanzierung der 400 Euro hohen Miete für eine möblierte 43-Quadratmeterwohnung ein großes Problem dar. Das erläutert uns **Estér Gomila**, die darüber ihre Masterarbeit geschrieben hat. Häufig kommt es zu Überschuldung oder zum illegalen Weiterverkauf der Wohnungen. Auch entspricht der klassische Vier-Personen-Zuschnitt der Wohnungen nicht der üblichen Lebensform in der Favela, weil dort Patchwork-Modelle und der Zuzug von Verwandten flexible architektonische Lösungen benötigen. (**Estér Gomilla**)

Die BewohnerInnen von Rios ältester Favela Morro da Providência sind derweil mit Plänen zum Abriss

von über einem Drittel der 2.000 Wohnhäuser konfrontiert, ohne dass Mitsprache vorgesehen ist..



Widerstand gegen das Unrecht

Symbolhaft für den Widerstand gegen den Olympia-Megacity-Wahn steht die Vila Autódromo im Stadtteil Barra da Tijuca. Für die Olympia-PlanerInnen und Immobilienhaie liegt sie ungünstig. Als wir neben der Baustelle von Olympiapark und Olympischem Dorf aus dem Bus steigen, begrüßt uns **Maria Penha**, eine kleine drahtige Frau. Sie trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift »Es lebe die Vila Autódromo – Rio ohne Zwangsumsiedlungen«. „Die Olympiade geht – das Unrecht bleibt!«

Maria Penha führt uns durch einen Ort, der an einen Bürgerkriegsschauplatz erinnert. Häuser mit Löchern und Bauschutt dominieren das Bild. Keine Straße verfügt mehr über eine lückenlose Bebauung. Jedes Haus, das nicht mehr bewohnt wird, wird von der Stadtverwaltung sofort abgerissen. Obwohl es ein hundertjähriges Bleiberecht gibt, versucht die Stadt, die BewohnerInnen zum Umzug zu bewegen: Mit Geld, mit Versprechungen, mit einer Neubausiedlung an einem anderen Ort, mit Drohungen, mit Übergriffen durch die Polizei. Bürgermeister Eduardo Paes hat in Interviews deutlich gemacht, dass er die Verschärfung der innerstädtischen Segregation rücksichtslos vorantreiben wird: »Man kann schließlich kein Omelett machen, ohne Eier zu zerbrechen.«

Große Frage: Wie werden die Spiele in der augenblicklichen Situation verlaufen? Vermutlich wird anstelle der durch ein fragwürdiges Verfahren abgesetzte Präsidentin Dilma der Übergangspräsident Temer die Spiele eröffnen. Wie wird das Volk diese neuen Regierungsverhältnisse akzeptieren?

Nao ao Golpe
Nein zum Putsch



Por mais democracia
Für mehr Demokratie

E por mais direitos
und für mehr Rechte

Wir sind solidarisch mit den KollegInnen in Brasilien



8. März Frauentag



Sie wollen nicht das Ende
der Korruption –
Sie wollen das Monopol



Kundgebung 18. März in Sao Paulo



Demo 31.03. in Sao Paulo



Demo am 17.04. in Sao Paulo am
Tag der Abstimmung im Parlament